

Womit man rechnen muss

Wenn Sie jemand überraschen, der gerade Ihr Fahrrad klauen will, müssen Sie damit rechnen, niedergestochen zu werden. Ob Sie sich als Polizist ausweisen können oder nicht, dürfte dabei keine Rolle spielen. Jeder andere wäre bei dem Versuch, sein Fahrrad retten zu wollen, auch niedergestochen worden. **Fahrraddiebe** haben neben dem üblichen Werkzeug heutzutage offenbar auch immer ein Messer dabei. Und nicht nur diese. Ohne Messer gehen bestimmte Leute nicht mehr aus dem Haus. Die viel beschriebene Verrohung der Gesellschaft findet tagtäglich auf unseren Straßen statt, und es beruhigt wenig, wenn es in anderen Metropolen nicht friedlicher zugeht.

In Berlin und auch anderswo muss man immer damit rechnen, dass die **mobilen Protesteinführungsgruppen** sofort vor Ort sind, wenn sich ein Unternehmen ansiedeln will oder ein Investor plant, ein Haus zu kaufen, es sanieren zu wollen oder ein Hotel bauen möchte. Die unmittelbar betroffenen Anwohner reagieren im Regelfall friedlich. Sie müssen sich auch nicht die Hände schmutzig machen, denn dafür gibt es ein großes kampfprobenes, fast militant zu nennendes Potenzial an Berufsprotestlern, die häufig weniger durch eigene Hände Arbeit als vielmehr durch den Erhalt von staatlichen Leistungen leben.

Inwieweit der Google-Campus in Kreuzberg die Gegend verändert und teurer gemacht hätte, kann ich nicht beurteilen. Attraktiver wäre der Kiez auf jeden Fall geworden. Wer wann wie und ob überhaupt hätte vermitteln müssen oder können, ist inzwischen eine akademische Debatte. Google hat die Schnauze voll und verzichtet auf seine Ansiedlung in Kreuzberg und in Berlin überhaupt. Dass Google dennoch 14 Millionen Euro in das ehemalige Umspannwerk investieren will, damit dort non-profit-Organisationen tätig werden können, ist sehr edel. Man hätte sich auch ganz zurückziehen können. Andererseits trägt die jetzige Lösung zum Imagegewinn des Unternehmens bei und die 14 Millionen sind nicht mehr als die berühmten steuerabzugsfähigen Peanuts.

Was ich aber seit Langem unerträglich und völlig inakzeptabel finde, ist die verbale und häufig auch tatkräftige Art und Weise, wie der Protest stattfindet. So fällt einer Aktivistin nichts Besseres ein, als Google nach dessen Rückzug noch zu beschimpfen. „Google ist und bleibt ein Scheiß-Konzern, der seine Gewinne mit Überwachung, Ausschnüffelei, Zusammenarbeit mit Militär und Geheimdiensten sowie Steuertricks macht.“ Damit nicht genug, „Sie kündigte an, mit der Initiative weitere Start-up-Projekte verhindern zu wollen, etwa das neue Start-up-Zentrum am Oranienplatz und das „the shelf“ an der Prinzenstraße. Gebäude wie das Luxus-hotel „Orania“ ebenfalls am Oranienplatz oder die „Factory Berlin“ am Görlitzer Park wolle die Initiative zudem „sobald wie möglich einer sinnvollen, gemeinnützigen Nutzung zu führen“. (Quelle: Berliner Morgenpost).

Ganz tolle Ideen. Gemeinnützigkeit lässt sich ja auch problemlos finanzieren. Viel schlimmer ist aber, wer in dieser Stadt darüber entscheidet. Die selbsternannten Wächter, die alles so belassen wollen, wie es ist, oder die Politik. Wir

wählen Politiker, damit diese für eine weltoffene und innovative Stadt arbeiten. Sie haben das Mandat, nicht irgendeine selbstherrliche Protestgruppe mit militantem Vokabular. Und auch das sei hier ganz klar gesagt, das Gewaltmonopol liegt beim Staat, und wenn es erforderlich ist, muss es angewandt werden, wenn bestimmte Gruppen die gesetzlich zulässige Grenze überschreiten.

Wer bestimmt die Kriterien, wen auch immer als „Scheiß-Konzern“ abzustempeln? Wenn es danach ginge, dürften wir unser Geld nicht bei den Banken parken, kaum irgendetwas essen und trinken und erst recht kein Auto kaufen. Schauen wir uns doch die globalen und nationalen Konzerne an. Alles lupenreife Unternehmen, die nett zu ihren Mitarbeitern und Kunden sind.

Die Politik hat es dazu kommen lassen, wo wir heute stehen. Wer hat sich gewehrt, als es immer mehr Fusionen gab und gibt und am Ende weltweit noch ein paar Konzerne übrigbleiben, die alles regeln. Wer lässt es denn zu, dass Hauseigentümer teilweise **unsinnige Modernisierungen** vornehmen und elf Prozent der Kosten auf die Mieter umlegen dürfen, und zwar dauerhaft und nicht nur so lange, bis die Kosten durch die Miete erstattet wurden. Die SPD wollte diese Umverteilung auf sechs Prozent senken und hat sich damit nicht bei der Union durchsetzen können. Jetzt könnten es ab 2019 acht Prozent sein, immer noch viel zu hoch. Die Bundesregierung und speziell ihr begnadeter Bauminister Seehofer interessieren die Mieter ein Scheißdreck. Im Bundesrat sieht es nicht anders aus. In den Flächenländern stellt sich das Problem auch nicht, weil es dort im Regelfall Wohnungseigentum gibt. Die Großstädte, vor allem Berlin, sind Mieterstädte. Die Berliner Senats-Linkskoalition zu beschimpfen, dass sie gegen die steigenden Mieten nur wenig unternimmt, ist blanker Populismus. Im Mieterbremserhäuschen sitzt vor allem die Union.

Wir müssen auch weiterhin damit rechnen, dass sich für die Mieter wenig ändert, so lange die Union nicht einlenkt. Auch müssen wir damit rechnen, dass die so genannten **Umweltzonen**, in denen nur noch 30 km/h gefahren werden darf, nicht den gewünschten Erfolg bringen, außer, dass die Luft in den Umfahrungsstraßen bald genauso schlecht sein wird, wie auf den Magistralen.

Und wer damit rechnet, dass wir am Sonntag zum vorletzten Male die **Uhren umstellen** müssen, hat sich auch geirrt. Es ist völlig unrealistisch anzunehmen, dass sich dieses Problem bis zum nächsten Jahr lösen lässt. Eher bleibt Groß-Britannien in der EU, als das die Sommerzeit abgeschafft wird. In dieser Frage ist sich Europa so uneins wie in vielen anderen Fragen auch. Einer will nur Sommerzeit, der andere nur Normalzeit. So wird das nichts. Es jedem Land selbst zu überlassen, welche Uhrzeit es haben will, wäre ein Rückschritt für alle, die in Europa unterwegs sind. Man stelle sich nur die Probleme im Flug- und Zugverkehr vor. Der lupenreine Demokrat Putin hat in Russland per Dekret einfach die Sommerzeit abgeschafft. In einem Land mit elf amtlichen Zeitzonen ist das vermutlich ohnehin egal.

Rechnen sie also mit allem, nur nicht damit, dass sie mit irgendetwas rechnen können.

Ed Koch